

Bremen, 9.Mai 2021

Liebe Freundinnen und Freunde,

liebe Kämpferinnen und Kämpfer gegen den Krieg,

liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten,

liebe Genossinnen und Genossen!

Vor ein paar Jahren gab die VVN-BdA ein Plakat heraus, auf dem Insassen eines Außenlagers des KZ Dachau am 30. April 1945 den US-amerikanischen Befreiungstruppen zuwinkten. Es ist überschrieben mit: „Befreiung – was sonst!?“

Ja, was sonst? Wie kann es sein, dass es nötig ist, in dicken Lettern diesen Zusatz anzubringen? Wer hier steht – und die meisten haben das Alter -, erinnert sich, dass vor 1990 auf diesem Plakat schlicht „Befreiung“ gestanden hätte, vielleicht noch mit Ausrufezeichen. Eine Debatte darüber, ob es sich 1945 tatsächlich um eine Befreiung gehandelt hat, war im öffentlichen Raum nicht denkbar.

Genau diese Debatte war aber von interessierter Seite gewünscht, denn wenn es keine Befreiung war, dann gab es zuvor folglich auch keine Unfreiheit, oder, wie es Alexander Gauland formulierte, es gab allenfalls einen „Fliegenschiss“.

Bis solche Ausdrücke und Sichtweisen im Bundestag verbreitet werden konnten, war eine Menge Vorarbeit nötig, und man muss festhalten, dass die meiste davon durchaus nicht von Rechtsextremisten gemacht wurde, sondern aus der so genannten „Mitte“ der Gesellschaft:

Begonnen hat es mit dem Historikerstreit Ende der 80er Jahre, und es ging weiter:

-über den medial gepushten Vereinigungstaumel 1989/90 mit seinem Verdrängen der Gründe für die vorangegangene Teilung Deutschlands,

-über das bei näherer Betrachtung eigentlich verwundernde Erschrecken über neonazistische Umtriebe wie die Brandanschläge Anfang der 90er Jahre;

-über die Behauptung, der Rechtsextremismus käme aus der ehemaligen DDR und sei dort durch das politische System dort sogar gefördert worden,

-über das Wort vom „mit der Vergangenheit muss nun aber auch einmal Schluss sein“,

-über das Wort vom „verordneten Antifaschismus“ in der DDR, mit dessen angeblichem Scheitern man entschuldigt, dass es hierzulande nicht einmal einen „nicht verordneten Antifaschismus“ (sondern keinen) gab, und stattdessen eine aktive Förderung von NPD und Konsorten durch staatliche Gelder und Verfassungsschützer,

-über die Dutzenden „Geschichtsdokus“ á la Guido Knopp in deutschen Fernsehsendern, die mit schönen Bildern vom Obersalzberg und von Hitlers Tierliebe die eigentlichen Verbrechen relativieren,

-über die Unterstützung des deutschen Außenministeriums für die „alten Verbündeten“ wie 1993 Kroatien oder 2014 die Ukraine,

-über die Debatte 2014 über das angebliche „Schlafwandeln in den Krieg“ 1914, an dem infolgedessen alle europäischen Nationen gleichermaßen Schuld hätten,

-über das immer wieder neue „das wird man ja noch einmal sagen dürfen“, um nicht davon zu sprechen, was eigentlich gesagt werden müsste,

-über den nach Jahrzehnten diverser Versuche mit NPD, DVU oder Republikanern endlich erfolgreichen Versuch eine rechtsextreme Partei, die sich nicht unwesentlich aus ehemaligen CDU-Mitgliedern speist, im Bundestag und gesellschaftlich zu etablieren,

-über die jahrzehntelange, konsequente Verweigerung von Entschädigungszahlungen – zum Teil bis heute - an Opfer des Faschismus, wenn sie nicht jüdische Opfer waren, wie Homosexuelle, Sinti und Roma, Behinderte (um nur einige zu nennen),

-über die skandalöse, ungeheuerliche Verweigerung bis heute, Entschädigungen an Griechenland, Tschechien, Frankreich oder Italien zu zahlen, wo ganze Dörfer von der Nazi-Wehrmacht ausgelöscht wurden,

-über eine schon hundertzwanzig Jahre währende Verweigerung, die Verbrechen des deutschen Militärs in China und in den Kolonien in Afrika nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern mit entsprechenden Entschädigungen endlich anzuerkennen; seit 1972 forderte die Regierung Nigerias vergeblich die so genannten „Benin-Bronzen“ zurück (nun will man sie zurückgeben, aber „nicht alle“, da man noch einige für Museen brauche)

-über den unglaublichen Beschluss des EU-Parlaments vom November 2019, der Faschismus und Sozialismus gleichsetzt,

-über die Kampagne gegen Geflüchtete, die letztlich auch vom deutschen Militär in Syrien, Mali oder anderswo „produziert“ werden, als Schmarotzer,

-über den Aufbau von „FRONTEX“ und anderen Mechanismen gegen Flüchtende, die man lieber auf dem Mittelmeer ertrinken lässt als privaten Organisationen deren Rettung zu ermöglichen,

Ja: Über alle diese Etappen, die in der Summe den Humanismus minimieren und die eigene Rolle in der Welt, nicht zuletzt über die „Schutzverantwortung“ (die nichts anderes als einen Menschenrechtsimperialismus bedeutet), maximieren, erreicht man dann letztlich die gewünschte Diskussion darüber, ob es denn 1945 eigentlich und überhaupt eine Befreiung gab. Und wenn es eine gab, dann aber nur im Westen... Es sind die herrschenden Kreise, die die Rolle Deutschlands im verbrecherischsten Krieg der Geschichte abändern wollen, die um jeden Preis das Bild Deutschlands aufpolieren möchten.

Natürlich, nicht alle unter den politisch und gesellschaftlich Verantwortlichen streiten die Verbrechen Deutschlands ab, aber sie bekämpfen auch nicht die in all dem gerade Gesagten innewohnende Tendenz der langsamen, aber stetigen Rück- und Hinführung zu einer national-konservativen Republik. Die Hohenzollern fordern „ihr Eigentum zurück“ – „Eigentum“, was sie in den Jahrhunderten zuvor legal nur dann erworben haben würden, wenn man davon überzeugt ist, dass

Blaublütige grundsätzlich das Recht auf Drangsalierung der Bauern und deren Leibeigenschaft hatten. Wir sehen: Es kann also sogar noch eine geschichtliche Stufe zurückgehen, wenn wir nicht aufpassen – noch hinter die Republik. Niemand sollte denken, die nächste Bundesregierung wäre weniger offen für diese Unverschämtheiten der Hohenzollern, die bekanntlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit längst seit Jahren verhandelt werden.

Ein Beispiel für eine absolut unzureichende Konsequenz aus der Geschichte ist der Bundespräsident Steinmeier. 2014 – noch als Außenminister - erklärte er im Interview mit der Bundeszentrale für politische Bildung, dass „unser Land gelernt hat, die Verbrechen unserer nationalsozialistischen Vergangenheit rückhaltlos aufzuarbeiten und daraus die Konsequenz einer auf Ausgleich gerichteten Friedenspolitik zieht“. Das wäre in der Tat ausgezeichnet. Zu dieser Zeit – also 2014 - allerdings begaben sich die Ereignisse, die zum Putsch gegen Präsident Janukowitsch in der Ukraine führten. Und der damalige Außenminister Steinmeier gehörte zu den Politikern, die die neue Regierung der Ukraine international etablierten. In dieser Regierung sah Steinmeier auf Nachfrage keine Rechtsextremisten – dass ein sich selbst so nennendes „Joseph-Goebbels-Zentrum für politische Studien“ der von Steinmeier als demokratisch geadelten Regierungspartei „Swoboda“ sich in irgendeiner Weise auf den Nazi-Propagandaminister beziehen könnte, kam Steinmeier nicht in den Sinn. Eigentlich nicht zu glauben, denn der Name Joseph Goebbels sollte auch an seinem Gymnasium in Blomberg in Nordrhein-Westfalen irgendwann einmal gefallen sein.

Und dabei ist Frank-Walter Steinmeier gewiss alles andere als ein Freund des Rechtsextremismus, er engagiert sich im Gegenteil zumindest verbal dagegen. In Yad Vashem sagte er vor einem Jahr: „Ich wünschte, sagen zu können: Wir Deutsche haben für immer aus der Geschichte gelernt. Aber das kann ich nicht sagen, wenn Hass und Hetze sich ausbreiten.“ Da hat er Recht - man kann es allerdings schon deshalb ganz und gar nicht sagen, wenn sogar der höchste Vertreter dieses Landes Geschichte so interpretiert, wie er es tut. Und dass man das von einem sagen muss, der nun wirklich sogar ein besserer Vertreter ist als die meisten seiner Vorgänger in der BRD seit 1949 - mit Ausnahme natürlich von Heinemann, von Weizsäcker oder Rau – das sagt schon alles über die Vergangenheitsbewältigung hier in Deutschland.

Wir reden hier von einem Land, in dem Menschen, die zehn Jahre die schlimmsten Verbrechen des deutschen Kapitals und der Nazis aktiv begleitet haben (um es noch vorsichtig auszudrücken), als die besten Widerstandskämpfer präsentiert werden: Die des 20. Juli. Kaum wird aber geredet vom kommunistischen, vom sozialdemokratischen Widerstand; wenn überhaupt, dann entweder vom christlichen oder eben vom bürgerlichen Widerstand gegen den deutschen Faschismus. Bis heute sind nicht etwa die 26 000 Mitglieder der KPD, die im Faschismus ermordet wurden, erwähnenswert, sondern die Stauffenbergs, Moltkes oder von Witzlebens – sie sind an jedem 20. Juli die eigentlichen Helden. Ganz im Gegenteil sind die kommunistischen Widerstandskämpfer oder ihre Genossinnen und Genossen in der BRD weiterhin verfolgt und oft auch inhaftiert worden. So mein und unser, euer Genosse Willi Gerns. Er hätte heute hier gestanden, ein lebenslanger Kämpfer gegen Faschismus und Krieg, für Sozialismus und Frieden!

Glühende Nazis und Militaristen als Widerstandskämpfer darzustellen und somit den aktiven Widerstand aus der Arbeiterklasse zu minimieren, korrespondiert zwangsläufig mit dem Verschweigen des Widerstands der KZ-Häftlinge; da ist man in Deutschland durchaus konsequent. Das Umschreiben des Aufstands von Buchenwald, wo die Häftlinge das Lager vor Eintreffen der US-

Armee befreien, zu einer „SED-Legende“ gehört ebenso zum herrschenden Geschichtsrevisionismus wie die Behauptung, die Sowjetunion habe mit dem als „Hitler/Stalin-Pakt“ diffamierten Nichtangriffsvertrag zum Krieg beigetragen. Diese Sichtweise wird allerdings durch die Tatsache konterkariert, dass zuvor schon nicht weniger als zwölf Verträge anderer Staaten mit Deutschland abgeschlossen wurden:

1933: Großbritannien, Frankreich, Italien (Vier Mächte-Pakt)

1934: Polen (Hitler/Pilsudski-Pakt)

1935: Großbritannien (Englisch/Deutsche Seevereinbarung)

1936: Japan (AntiKomintern-Pakt)

1938: Großbritannien (Deutsch-Britischer Nichtangriffspakt)

1938: Frankreich (Deutsch-Französischer Nichtangriffspakt)

1939: Rumänien (Deutsch-Rumänischer Wirtschaftsvertrag)

1939: Litauen (Nichtangriffspakt)

1939: Italien (Freundschafts- und Bündnisvertrag)

1939: Dänemark (Nichtangriffspakt)

1939: Estland (Nichtangriffspakt)

1939: Lettland (Nichtangriffspakt)

Die Rede aber ist immer nur vom Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und der UdSSR.

Was blieb der UdSSR, um Zeit zu gewinnen? Natürlich werden die Zusatzvereinbarungen im Nichtangriffsvertrag unterschiedlich beurteilt, aber letztlich dienten auch sie dem Ziel des Überlebens der Sowjetunion. Dass dieses Herangehen hierzulande in Frage gestellt wird, mag nicht verwundern, wenn klar ist, dass es Medien und Politikern heute offenbar völlig legitim erscheint, der Russischen Föderation Truppenbewegungen im eigenen Land als aggressiver Akt gegen die NATO vorzuwerfen, als ja NATO-Staaten benachbart sind – was allerdings genau deshalb möglich wurde, weil die NATO nach 1990 in Osteuropa fast flächendeckend präsent wurde und ihr Einflussgebiet eben an die russische Grenze verlegt hat. Russland soll das Recht auf jede Art von Verteidigung abgesprochen werden. Das Bemühen des russischen Staats, die siebzehnfachen militärischen Ausgaben der NATO gegenüber Russland mit Übungen im eigenen Land zu begegnen, werden zu russischer Aggression gemacht. Die ehemals pazifistischen GRÜNEN gehen dabei im Bundestag am offensivsten voran. Sie haben aus ihrer, aus der maoistischen Praxis stammenden, politischen Abneigung gegen die Sowjetunion einen schon irrational zu nennenden Hass auf die Russische Föderation gemacht.

Geschichtsrevisionismus gab es natürlich in der BRD immer seit 1945 – aber er war, solange die DDR bestand, vorwiegend von den Rechtsextremisten und Revanchisten betrieben worden. Seit einigen Jahren, die deutsche Einheit nach dem Anschluss der DDR in der Tasche, ist der Revisionismus Teil des Staats- und Regierungsprogramms. Heute wird ein bekennender Rechtsextremist und

rassistischer Hetzer wie Alexej Nawalny, der Kaukasier im besten Nazi-Jargon als Kakerlaken bezeichnet und auch so behandelt sehen will, auf Staatskosten in der Charité behandelt – würde ich der AfD nahestehen, wäre ich zutiefst empört, mit welchem unterschiedlichem Maß die Bundesregierung Rechtsaußen behandelt; immerhin sind AfD, NPD und Nawalny Gleichgesinnte.

All das zeigt natürlich auch, wie wenig ernst es den Verantwortlichen mit dem Kampf gegen rechts ist. Um hier jetzt gar nicht vom so genannten Verfassungsschutz zu reden, der schon deshalb seine Aufgabe verfehlt, weil für ihn der natürliche Feind alles Linke ist. Wir leben in einem Land, in dem die VVN-BdA von der wirtschaftlichen Vernichtung bedroht wurde, in dem man ihr die Gemeinnützigkeit absprechen wollte. Eine große Solidarität hat das verhindert, aber was bleibt, ist, dass diverse rechtsextreme Vereine ihre Spenden als gemeinnützig veranschlagen können. Diese sind kein Fall für eine Aberkennung ihrer Gemeinnützigkeit.

Man mag sich darüber aufregen, aber die Bundesregierungen seit 1949 haben dafür den Boden bereitet, und man muss es schon konsequent nennen, wenn mit solchen Leuten wie Nawalny paktiert wird. Nach 1990 sind die Zusammenarbeit mit den kroatischen Ustascha-Faschisten, der kosovarischen UCK oder eben den ukrainischen Nazi—Verbündeten Beispiele und Wegbereiter dieser Entwicklung gewesen. Die nächste Bundesregierung unter Beteiligung der GRÜNEN lässt da eher noch eine Zunahme der Hetzpropaganda erwarten. Ein Mahnmal für die slawischen Opfer des Faschismus (Russen, Weißrussen, Polen, Tschechen, Slowaken, Bulgaren und viele ehemalige Jugoslawen), also für Menschen, die als so genannte „Untermenschen“ eindeutig Opfer der faschistischen Rassenpolitik waren, scheint immer noch in weiter Ferne. Dass es solche Erinnerungskultur zurecht für die jüdischen Opfer der Shoah gibt, aber für die fünffache Anzahl von slawischen Opfern nicht, ist eine politische Frage, die politische Antworten braucht.

Die derzeitigen Antworten sind aber solche Manöver wie „Defender 21“ vor den russischen Grenzen oder die bevorstehende Entsendung eines deutschen Kriegsschiffs in das Südchinesische Meer – man stelle sich einmal vor, ein chinesisches Kriegsschiff würde durch die Nordsee vor Bremen kreuzen. Dass man sich das nicht vorstellen kann, liegt nicht am Seerecht: Es wäre möglich, geschieht aber nicht. Die Volksrepublik China (und auch die Russische Föderation) verfolgen keine aggressive, sondern eine Politik des Abbaus von Spannungen. Sie werden sich im Notfall aber verteidigen, darüber darf kein Missverständnis entstehen.

Kriegsschiffe aus Russland oder China wird man hier also nicht sehen. Was aber hier in Bremen tatsächlich bald geschehen soll, wisst ihr besser als ich: „Übung mit Eurofighter“ titelte „Die Norddeutsche“ am 26. März. Eine Übung namens „Friesischer Löwe“ soll ab nächster Woche (17. bis 21. Mai) unter anderem einen gepanzerten Bergekran über die Weser setzen; wie ich hörte, habt ihr am Dienstag auch bereits Aktionen dagegen initiiert, unter Teilnahme von beobachtenden Bundeswehrleuten. Das Objektschutzregiment der Luftwaffe in Schortens ist eine Spezialeinheit zum Aufbau und zur Sicherung von Flugplätzen – weltweit. In dem Artikel redet der Regimentssprecher von Mali oder Afghanistan. Nein, ein aktueller Anlass sei für diese Übung nicht nötig, sagt der Sprecher. Aber seien wir realistisch: Geübt wird das natürlich auch für irgendeinen Flugplatz an der Wolga oder am Gelben Fluss. Eben weltweit kann der Einsatzort sein; da gibt es keine Grenzen. Krieg ist das Gegenteil des Respekts vor anderen Staaten.

Vor kurzem, im Januar, trat der Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft, eine Vereinbarung, die Entwicklung, Produktion, Test, Erwerb, Lagerung, Transport, Stationierung und Einsatz von Atomwaffen verbietet. Deutschland hat den Vertrag nicht unterschrieben. Wozu hat Deutschland auch sonst in Büchel in Rheinland-Pfalz zwanzig Atombomben? Diese werden aktuell den neuen Bedingungen angepasst und modernisiert. Abgeschafft werden sie nicht – das wären eigentlich die notwendigen Maßnahmen. Was wir brauchen, ist Frieden, ist Abrüstung, sind Signale und Gespräche für Verständigung. Atomare Aufrüstung ist davon das Gegenteil!

Aber hier in Bremen gibt es nicht nur Bundeswehr-Provokationen, sondern es geschehen auch andere Dinge, und die haben mit all dem zu tun, über was wir hier jetzt geredet haben. Allerdings mit ganz anderen Sichtweisen auf die Geschichte und deshalb natürlich mit anderen Schlüssen. Seit neun Jahren werden in Bremen-Nord vierteljährlich fünfzig Stolpersteine für Angehörige der verschiedenen Opfergruppen gereinigt. Dazu gehören Stolpersteine für die 1944 enthaupteten Kommunisten Leo Drabent und Hans Neumann aus Blumenthal, sowie die Stolpersteinlegung für Karl Wastl, dem langjährigen Gewerkschaftssekretär der IG Metall in Bremen-Nord, der sowjetische Kriegsgefangene vor dem Verhungern im KZ Sachsenhausen bewahrte. Es ist dem unermüdlichen Engagement von einigen unter euch hier zu verdanken, dass im Oktober 2018 für Leo Drabent und Hans Neumann zwei Wege in Blumenthal deren Namen bekamen.

Deshalb ist und bleibt klar, dass sich nur soviel Vernunft durchsetzt, wie wir selbst durchzusetzen in der Lage sind, meinte Brecht. Die Herrschenden und ihre Medien werden uns die Aufgabe, die Vergangenheit sichtbar zu machen und dabei an die wirklichen Kämpferinnen und Kämpfer gegen den Faschismus, an die Aktiven für Frieden und Völkerverständigung zu erinnern, nicht abnehmen. Deshalb ist es wichtig, dass Veranstaltungen wie die heutige durchgeführt werden, und zwar nach Möglichkeit auch genau an Orten wie dieser KZ-Gedenkstätte Bahrsplate. Hier wurden auch sowjetische und viele belgische Kriegsgefangene eingepfercht und zu Zwangsarbeit herangezogen. Es ist außerordentlich gut, dass es Berufsschülerinnen und Berufsschüler waren, die sich hier an der Erweiterung der Gedenkstätte mit ihren „Stein der Hoffnung“ beteiligt haben. Wer, wenn nicht die Jugend sollte das tun?

Den Kriegsgefangenen und Rotarmisten, die hier, fern ihrer Heimat, sein mussten und von denen die meisten hier ihr Leben ließen, verdanken wir, dass wir hier stehen können. Was wäre aus der Welt geworden, wenn Deutschlands Faschismus gesiegt hätte?

Die eingangs gestellt Frage, ob es sich um eine Befreiung gehandelt hat, ist für Demokratinnen und Demokraten also keine. Dank den Sowjetsoldaten, Dank allen Befreiern!